ÖGB

Betriebsvereinbarung regelt Homeoffice

In Unternehmen mit einem Betriebsrat soll es eine **Betriebsvereinbarung für die Einführung und Regelung von Homeoffice** geben. Dazu wurde ein neuer gesetzlicher Anknüpfungspunkt im Arbeitsverfassungsgesetz verankert. Hintergrund ist, dass es in Betrieben mit Betriebsrat **bessere und transparentere Lösungen für alle** gibt - das hat sich in der Corona-Pandemie klar gezeigt.

Was steht in diesen Homeoffice-Betriebsvereinbarungen? Sinn und Zweck ist es, **wichtige Spielregeln** wie „Wer kann Homeoffice machen?“, „In welchem Stundenausmaß?“, „Welche Arbeitsmittel werden gestellt?“ oder auch „Welcher Aufwandsersatz wird gezahlt?“ konkret zu vereinbaren.

Arbeitsmittel und Büromaterialien

Der Arbeitgeber muss auch weiterhin die nötigen Arbeitsmittel zur Verfügung stellen. Wenn Arbeitnehmer*innen im Homeoffice zustimmen, ihre eigenen Arbeitsmittel (also den eigenen Laptop oder das private Handy) einzusetzen, dann haben sie Anspruch auf einen **Aufwandsersatz**. Diese Regelung konnte bisher in der Vereinbarung ausgesetzt werden – auch zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen.

Das neue Homeoffice-Paket bietet hier eine wichtige Verbesserung: Wer in Zukunft eigene digitale Arbeitsmittel (inklusive der Internet-Verbindung) verwendet, der muss dafür vom Arbeitgeber eine **angemessene Abgeltung** erhalten.

Wie bisher sollen und können Arbeitgeber aber auch weitere **anfallende Kosten** übernehmen (Strom, Heizung, Arbeitsmöbel). Diese Kosten können auch in Form einer **Pauschale** (z.B. durch Betriebsvereinbarung) ersetzt werden.

Neue Steuerregelungen und Pauschalen

Pauschale Zahlungen des Arbeitgebers für Kosten im Homeoffice sind **bis zu 300 Euro pro Jahr steuerfrei**, wobei ein Homeoffice-Tag mit 3 Euro bewertet wird. Wenn man betrieblich, z.B. über eine Betriebsvereinbarung, für jede/n Arbeitnehmer*in im Home-Office eine Pauschalzahlung von z.B. 25 Euro vereinbart, ist sie unter diesen Bedingungen künftig steuerfrei. Höhere Beträge werden wie bisher besteuert.

Für die Beschäftigten bedeutet das, dass ihnen von den vereinbarten Pauschalen künftig **netto mehr übrigbleibt** und, dass alle Beschäftigten denselben Nettobetrag erhalten. Die Steuerfreiheit sollte auch ein Anreiz sein, künftig vermehrt pauschale Aufwandsersätze in Betrieben zu vereinbaren.

Arbeitnehmer*innen, die sich zu Hause einen eigenen Arbeitsplatz für das Arbeiten im Homeoffice einrichten, können künftig (nach einem entsprechenden Nachweis) zusätzlich **bis zu 300 Euro als Werbungskosten** steuerlich absetzen. Damit die Kosten für 2020 angeschafftes Mobiliar nicht verfallen, können **Teile des 300-Euro-Rahmens für 2021 ins Jahr 2020 vorgezogen werden**.

Arbeitsrecht, Arbeitnehmer*innenschutz, Haftung

Alle Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes, Arbeitsruhegesetzes und die anwendbaren Bestimmungen des Arbeitnehmer*innenschutzgesetzes gelten auch im Homeoffice. Das heißt: Auch wenn ich zu Hause arbeite, gelten – sofern nichts anderes vereinbart wird – die gleichen Arbeitszeiten wie im Büro. Im Homeoffice gelten aber auch vereinbarte Mehr- oder Überstunden.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, darauf zu achten, dass der Arbeitsplatz zu Hause ergonomisch gestaltet wird bzw. dass Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes beantwortet und geklärt werden.

Dazu wollen die Sozialpartner mit dem Arbeitsinspektorat Informationsmaterialien, die auch online zur Verfügung gestellt werden, entwickeln. Für die verpflichtende Arbeitsplatzevaluierung soll es für das Homeoffice eine Musterevaluierung geben.

Neu ist, dass bei Schäden an den Arbeitsmitteln im Homeoffice die Arbeitnehmer*innen und ihre Angehörigen nun umfassender geschützt sind. Im Dienstnehmerhaftpflichtgesetz (DHG) werden jetzt auch Angehörige der/des Arbeitnehmer*in berücksichtigt. Das bedeutet, dass das Ausmaß des Schadenersatzes bei Beschädigungen an den Arbeitsmitteln des Arbeitgebers herabgesetzt wird oder ganz entfallen kann.

Der Vorteil ist, dass die Haftungsbeschränkungen aus dem DHG auch dann gelten, wenn z.B. ein Kind oder der/die Lebenspartner*in aus Versehen sein/ihr Getränk über den verwendeten Laptop schüttet und das Gerät nicht mehr funktioniert. Dann muss man dem Arbeitgeber nur in geringerem Ausmaß Ersatz leisten.

Oft entfällt die Pflicht zum Schadenersatz auch ganz.

Dauerrecht Unfallversicherungsschutz

ArbeitnehmerInnen sind im Homeoffice weiterhin bei Unfällen versichert. Der Unfallversicherungsschutz im Home-Office, der bis Ende März 2021 befristet war, geht nun ins Dauerrecht über.

Das betrifft auch Unfälle, die auf dem Weg vom Homeoffice in die Arbeitsstätte, zu einem Arzttermin, zu einer Interessenvertretung oder wenn man beispielsweise die Kinder in den Kindergarten bringt und ins Homeoffice zurückgeht, passieren.

Außerdem ist man versichert, wenn man sich im Supermarkt eine Jause kauft oder wenn man zu Mittag in eine Gaststätte essen geht und auf dem Weg dorthin passiert etwas. Nicht gedeckt ist aber, wenn ich meinen Wochenendeinkauf während meiner Homeoffice-Zeit erledige.

WKÖ

Wer muss welche Arbeitsmittel zur Verfügung stellen? Wie sieht es abgabenrechtlich mit Entschädigungen aus, die der Arbeitgeber an den Arbeitnehmer leistet?

Klargestellt wird, dass der Arbeitgeber verpflichtet ist, dem Arbeitnehmer die „*erforderlichen digitalen Arbeitsmittel*“ zur Verfügung zu stellen. **Darunter werden PC/Laptop, Telefonie (Handy) und Datenverbindung (Internet)** verstanden.

BMF

Home Office Regelung fertig: Bis zu 600 Euro steuerliche Begünstigung Finanzminister Blümel ermöglicht steuerliche Absetzung von Homeoffice Ausstattung. 300 Euro für Arbeitnehmer, 300 Euro für Arbeitgeber.

Im heutigen Ministerrat wurde die neue Home Office Regelung beschlossen. „Home Office wird uns noch durch die Krise und auch nach der Krise begleiten. Deswegen bin ich froh, dass es gelungen ist, gemeinsam in der Bundesregierung und gemeinsam mit den Sozialpartnern hier klare Regeln zu schaffen. Es geht darum, jetzt in der Pandemie die Rechtssicherheit und den Anreiz zu schaffen, möglichst viele Kontakte zu reduzieren. Die Möglichkeit von Zuhause aus zu arbeiten soll zu keinen steuerlichen Nachteilen für die Betroffenen und die Firmen führen. Wir wollen so viel Flexibilität wie möglich und so viel Planungssicherheit wie nötig geben“, so Finanzminister Gernot Blümel.

Arbeitnehmer werden über die Arbeitnehmerveranlagung bis zu 300 Euro pro Jahr als Werbungskosten absetzen können, wenn es um die Anschaffung von diversen Arbeitsmaterialien geht. Gleichzeitig werden Zahlungen von Arbeitgebern zur Abgeltung von Mehrkosten der Arbeitnehmer im Home Office bis zu 300 Euro pro Jahr steuerfrei sein. „Wir halten das für einen wichtigen Aspekt, denn hier soll nicht nur der Anreiz in monetärer Hinsicht gegeben sein, sondern auch allfällig entstehende Mehrkosten abgesetzt werden können“, so Finanzminister Gernot Blümel weiter.

Sollte der Arbeitgeber diese 300 Euro nicht ausschöpfen, wird es darüber hinaus die Möglichkeit geben, diese zusätzliche Pauschale bei den Werbungskosten geltend zu machen. Die Regelung ist bis 2023 befristet und wird dann zur weiteren Treffsicherheit evaluiert.

„Wir rechnen je nach Nutzung dieser Möglichkeiten mit steuerlichen Mindereinnahmen von bis zu 150 Millionen Euro pro Jahr“, so Finanzminister Gernot Blümel abschließend.

Kleine Zeitung

Steuerfreie Homeoffice-Pauschale

Der steuerrechtliche Teil des Homeoffice-Pakets gilt teilweise rückwirkend bereits für das Coronajahr 2020. Beim Kauf ergonomischer Einrichtung für die Arbeit zuhause - insbesondere Schreibtisch, Drehstuhl, Beleuchtung - **können 300 Euro für die Jahre 2020 und 2021 als Werbungskosten** geltend gemacht werden. Dafür muss man aber mindestens 26 Tage pro Kalenderjahr im Homeoffice gearbeitet haben. Arbeitgeber können außerdem ihren Beschäftigten in den Jahren **2021 bis 2023 - bis zu drei Euro pro Homeoffice-Tag und maximal jedoch 300 Euro pro Kalenderjahr - eine steuerfreie Homeoffice-Pauschale zahlen.** Die steuerrechtlichen Regelungen des Homeoffice-Gesetzspakets sollen vorerst bis zum Jahr 2023 gelten.

Vienna.at

Beantragung der Werbungskosten als "rückwirkendes Ereignis"

Denn das Homeoffice-Paket sehe dazu explizit eine Regelung vor, um bezüglich der Rückwirkung Rechtssicherheit zu schaffen. Liegt bereits ein Einkommensteuerbescheid für das Jahr 2020 vor, so gilt die Beantragung der Werbungskosten als "rückwirkendes Ereignis" (im Sinne des § 295a BAO). Dafür werde es einerseits ein analoges Formular geben, oder auch die Möglichkeit der digitalen Anpassung über Finanzonline, stellt das Finanzministerium klar.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können Ausgaben für die ergonomische Einrichtung ihres häuslichen Arbeitsplatzes (insbesondere Schreibtisch, Drehstuhl, Beleuchtung) bis zu einem Betrag von 300 Euro pro Jahr ohne Anrechnung auf das Werbungskostenpauschale als Werbungskosten geltend machen. Dies soll bereits für das Veranlagungsjahr 2020 gelten, wobei für 2020 und 2021 insgesamt höchstens 300 Euro berücksichtigt werden können.